

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 03.07.2019
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Jens Timm

Freie Wähler

Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Herr Roni Lörch
Herr Willibald Müller

CDU

Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp
Herr Günter Sing

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer
Herr Edgar Huck

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Augenstein
Herr Joachim Guthmann
Herr Ronald Knackfuß
Herr Simon Müller
Frau Marielle Reuter
Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige

Dr.-Ing. Frank Gericke

Abwesend:

CDU

Herr Reinhard Dummler entschuld.

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt entschuld.

Herr Benedikt Kleiner entschuld.

Tagesordnung:

- 1 Bekanntgaben
- 2 Fragen der Gemeinderäte
- 3 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Marktstraße 4
Bauantrag: Anbau einer Terrasse und Wintergarten
Grundstück: Marktstraße 4, Spielberg, Flst.Nr. 3276
Vorlage: 60/0747/2019
- 4 Beratung und Beschlussempfehlung über die Aufstellung einer Stellplatzsatzung (Antrag der Gemeinderatsfraktion B90/Die Grünen v. 26.02.2019)
Vorlage: 60/0769/2019
- 5 Genehmigung von Protokollen
- 6 Verschiedenes
- 7 Fragen der Zuhörer

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

OV Lörch gibt an, dass die Löschwasserentnahmestelle im Oberdorf von Mutschelbach nicht einsatzfähig ist und bittet um Reparatur.

OBM Knackfuß erklärt, dass nach seiner Kenntnis der Stutzen längst repariert sein soll. Er erkundigt sich noch einmal nach dem Sachstand.

OV Lörch erkundigt sich weiter, wann die Geschwindigkeitsmessanlage am Sportplatz Waldenserstraße installiert wird. Weiter möchte er wissen was mit der Mess tafel Lindenstraße/Wiesenstraße passiert ist. Die Anzeige fehlt seit einigen Wochen.

Herr Augenstein gibt Auskunft, dass die Messanlage am Sportplatz mit 150 m Abstand zum Ortseingang im 2. HJ 2019 umgesetzt werden soll. Weiter gibt er an, dass die entfernte Geschwindigkeitsanzeige Lindenstr./Wiesenstr. aufgrund der aktuellen Umleitung in die Waldenserstraße umgehängt wurde. Er bespricht dies nochmals intern mit Herrn Borvitz.

OV Kleiner regt an den „Steinkreisel“ am Ortseingang Langensteinbach (Aral-Tankstelle) umzugestalten.

BM Timm klärt auf, dass dies schon Thema im Agendarat war und auch bereits mit dem GUA besprochen wurde.

**zu 3 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Marktstraße 4
Bauantrag: Anbau einer Terrasse und Wintergarten
Grundstück: Marktstraße 4, Spielberg, Flst.Nr. 3276
Vorlage: 60/0747/2019**

Das Bauvorhaben befindet sich im unbeplanten Innenbereich von Karlsbad-Spielberg und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Der Antragsteller beabsichtigt an das bestehende Wohnhaus einen Wintergarten mit Terrasse anzubauen.

Hinsichtlich der Bautiefe fügt sich das Vorhaben in die nähere Umgebungsbebauung ein. Referenzobjekte sind hier die direkten Angrenzer auf der linken und rechten Seite. Hier existiert jeweils eine Bebauung in zweiter Reihe mit deutlicher größerer Bautiefe.

Das Vorhaben fügt sich auch bzgl. sonstiger Vorgaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die nähere Umgebungsbebauung ein.

Die Verwaltung hat keine Bedenken und empfiehlt das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindeeinvernehmen zu dem beantragten Bauvorhaben mit 15 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

**zu 4 Beratung und Beschlussempfehlung über die Aufstellung einer Stellplatzsatzung (Antrag der Gemeinderatsfraktion B90/Die Grünen v. 26.02.2019)
Vorlage: 60/0769/2019**

BM Timm erklärt zu Beginn noch einmal mit welcher Intension das Projekt in Angriff genommen werden soll. Sowohl der Gemeinderat als auch die Verwaltung sieht die Vorgabe der Landesbauordnung mit einem Stellplatz pro Wohneinheit bei vielen Bauvorhaben kritisch. Daher besteht hier Handlungsbedarf. Man hat mit dem Büro „Modus Consult“ Kontakt aufgenommen. Das Büro würde eine solche Satzung für die Gemeinde Karlsbad erarbeiten.

Herr Guthmann geht weiter auf den Antrag der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Hier wird gefordert die Anzahl der notwendigen Stellplätze für Wohneinheiten nach der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) auf 1,5, besser 2,0 Stellplätze/WE zu erhöhen. Nachdem von allen Fraktionen bei vielen beratenen Baugesuchen insbesondere die Stellplatzregelung Thema für Diskussionen war und auch in neueren Bebauungsplänen die

Erhöhung aufgenommen wurde, war man sich im Gemeinderat einig hier ein Angebot für die Ausarbeitung einzuholen.

Eine solche Stellplatzsatzung ist juristisch nicht unproblematisch und wurde bei einigen Gemeinden in der Umgebung nach gerichtlichen Überprüfungen wieder aufgehoben. Daher ist es wichtig eine rechtssichere Satzung zu erarbeiten.

Herr Dr.-Ing. Frank Gericke vom Büro „Modus Consult“ stellt zunächst seine Firma vor und geht dann auf verschiedene Projekte ein. Das Büro hat 3 Standorte und agiert auf den 4 Tätigkeitsfeldern „Verkehrsplanung“, „Stadtplanung“, „Umweltplanung“ und „Freiraumplanung“. (Weitere Informationen zur Arbeit können der Präsentation „Stellplatzsatzung“ entnommen werden.)

Als Projektbeispiel geht er näher auf die bereits erarbeitete Stellplatzsatzung der Gemeinde Forst ein.

Dabei wurde zunächst eine Bestandserfassung durchgeführt. Dazu diente eine Momentaufnahme sonntags. Diese ist dann die Grundlage für die Abwägung und Defizitkarte. Ein Konflikt herrscht nicht überall. Teilweise bestehen innerhalb des Geltungsbereichs von Bebauungsplänen schon Regelungen zur Anzahl der notwendigen Stellplätze. In den unbeplanten Innenbereichen nach § 34. BauGB gilt allerdings die Regelung der Stellplatzverordnung mit einem Stellplätze/Wohneinheit. Es ist aber immer wichtig die Gesamtgemeinde zu betrachten. Zusätzlich zur Bestandserfassung wird daher eine Konfliktbewertung des Parkens durchgeführt. Hier wird festgestellt wo es z.B. Falschparker und Gehwegparker gibt. Diese detaillierte Betrachtung ist wichtig um später rechtssicher argumentieren zu können. Im Anschluss erfolgt die städtebauliche Analyse. Dabei wird z.B. die bauliche Dichte näher beleuchtet.

Aus diesen Komponenten werden dann die Bedarfsermittlung und die Defizitkarte erstellt. Im Anschluss folgen die Abwägung und das Ausarbeiten der Satzung.

Herr Gericke erklärt, dass weiterführend noch über ein „Parkraummanagement“ nachgedacht werden kann. Dafür würden die vorangegangenen Erhebungen jedoch nicht ausreichen. Dafür müsste die Bebauung und die Nutzung der Gebäude (besonders das EG) genauer beleuchtet werden. Hier würde auch eine Bestandserfassung an einem Tag nicht ausreichen. Zudem muss festgestellt werden wer „Kurz- oder Langzeitparker“ ist, wer Anwohner und wer „Fremdparker“.

Er weist darauf hin, dass mit einer Stellplatzsatzung nicht die bestehenden Probleme, sondern nur die künftigen geregelt werden können. Dahingehend wäre ein zusätzliches Parkraummanagement zu empfehlen.

Herr Gericke erklärt, dass hier in Karlsbad nun der erste Schritt ist, zu erfassen wie viele PKW im ruhenden Verkehr vorhanden sind. Dabei soll die gesamte Gemarkung beleuchtet werden. In einer Karte hat er bereits dargestellt wo im Ort ein Bebauungsplan bereits die Parksituation regelt und wo es nur sogenannten „unbeplanten Innenbereich“ nach § 34 BauGB gibt, an deren Stelle die allgemeinen Stellplatzregelungen nach der LBO greifen. Die weitere Vorgehensweise orientiert sich am Projektbeispiel „Stellplatzsatzung Forst“.

Nähere Informationen zu den Hintergründen einer Stellplatzsatzung und erste Überlegungen für Karlsbad können der Vorlage Nr. 60/0769/2019 entnommen werden.

BM Timm dankt Herrn Gericke für die Vorstellung. Er hält langfristig auch eine Parkraumbewirtschaftung für sinnvoll, zunächst soll jedoch nur die Stellplatzsatzung erarbeitet werden. BM Timm bekräftigt noch einmal, dass man unbedingt eine rechtssichere Satzung will. Auch er hält den Sonntag als Tag für die Bestandserfassung für richtig, da an diesem Tag die meisten Anwohner zu Hause sind.

GR Herrmann dankt für die gute Darstellung. Das Thema muss dringend angegangen werden. Er erkundigt sich, ob man nicht gleich eine große Erhebung auch für das Parkraummanagement machen kann um Zeit, Energie und Geld zu sparen. Herr Gericke sieht es als schwierig an beide Verfahren zu mischen. Es sollte strikt getrennt werden.

GR Rohrer zeigt sich positiv überrascht, dass aus dem Antrag der Fraktion bereits so viel entstanden ist. Das Stellplatz-Problem wurde immer wieder diskutiert. Er hält es auch für sinnvoll weiter ein Parkraummanagementsystem zu erarbeiten.

GR Rädle erkundigt sich nach den künftig definierten Bereichen bzw. nach einem Bestandschutz. Herr Gericke erklärt, dass die Satzung für das komplette Gemeindegebiet betrachtet wird. Es müssen aber innerhalb der Satzung Einzelgebiete definiert und begründet werden. Es besteht zudem ein Bestandschutz auch innerhalb von Bebauungsplänen. Gibt es noch freie Grundstücke und es werden Festsetzungen geändert, oder die Satzung greift, dann müssen die neuen Stellplatzregelungen beachtet werden. Genauso aber auch wenn im Bestand erweitert wird. Ansonsten gilt Bestandsschutz.

GRin Dr. Schelp möchte wissen, ob nur die Parksituation in Verbindung mit Wohngebäuden aufgeschlüsselt werden soll oder auch Geschäftshäuser betrachtet werden. Dann hält sie nämlich den Sonntag als Erhebungstag für ungeeignet. Herr Gericke kann bejahen, dass es in erster Linie um die Stellplatzproblematik bei Wohngebäuden geht. Dies ist auch am wichtigsten. Geschäftsgebäude haben schon im Genehmigungsverfahren bzgl. Stellplätze andere Voraussetzungen zu erfüllen. Bei Geschäften ist es auch schwierig zu differenzieren, ob die Stellplätze von Kunden oder Mitarbeitern genutzt werden. Wenn, dann kann diese Thematik besser über ein Konzept zum Parkraummanagement abgedeckt werden.

GR Rädle knüpft an die Aussage an und merkt hier besonders die Wikinger Straße rund um die Außenstelle der Ludwig-Guttmann-Schule an. Hier herrscht ein massives Stellplatzproblem, gerade in Verbindung zwischen Wohngebäuden und Geschäftsgebäuden.

GR Haas zeigt sich von der Präsentation beeindruckt. Er ist erstaunt an was alles gedacht wird und gedacht werden muss. Er ist der Ansicht, dass die Durchgangsstraßen alle 30er-Zonen werden sollten und Parken an dieser Stelle verboten ist. Er erkennt an, dass es ein schwieriges Verfahren ist und man versuchen sollte eine bestmögliche Lösung zu finden. BM Timm erklärt, dass in 30er-Zonen das Parken nicht grundsätzlich verboten ist und man auch Lösungen finden muss, wo die Autos dann abgestellt werden.

GRin Christmann erkundigt sich noch einmal, ob eine Bestandsaufnahme im ganzen Ort gemacht wird.

Herr Gericke erklärt, dass alles erhoben wird. Im ganzen Ort. Die Falschparker, die die richtig Parken, wo freie Parkplätze verfügbar sind und wo zu viele Autos stehen. Mit der Erhebung kann in der Bevölkerung auch ein gewisses Verständnis für die Satzung geschaffen werden. Es können die städtebaulichen Auswirkungen aufgezeigt und Missverhalten in der Zukunft vorgebeugt werden.

BM Timm verliest den Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Gemeinderat den Erlass einer Stellplatzsatzung. Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 5 Genehmigung von Protokollen

BM Timm gibt an, dass das Protokoll durchgereicht wurde und aus den Reihen des Gremiums keine Änderungswünsche vorgetragen wurden.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt genehmigt das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 05.06.2019 einstimmig mit 15 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 6 Verschiedenes

BM Timm informiert das Gremium, dass am 05. Juli eine Präsentation zur Umgestaltung des Schulzentrums für die Schüler stattfinden wird.

Weiter weist er auf das Ittersbacher Straßenfest am Wochenende hin.

zu 7 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Marielle Reuter
Protokollführerin

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson